

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Dominik Reisinger,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Treffsichere und sozial gerechte Hilfe bei horrenden Spritpreisen**

*eingebraucht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 23. Februar 2022
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Güterbeförderungsgesetz 1995, das
Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 und das Kraftfahrliniengesetz geändert werden (2224/A)*

Die Menschen in Österreich werden gerade von der stärksten Teuerungswelle seit Jahrzehnten getroffen. Viele junge Familien haben eine solche Teuerung noch nie gesehen und müssen jeden Euro dreimal umdrehen.

Derzeit hat die Teuerung ein Ausmaß erreicht, das weit über normale Preisschwankungen hinausgeht. Das Einkaufen, das Wohnen, das Heizen, der Strom, das Autofahren – kurzum die wesentlichsten Bereiche des täglichen Lebens – sind zugleich von exorbitanten Preissteigerungen betroffen. Der wöchentliche Einkauf ist um 6,8% teurer als im Vorjahr, der Kauf eines eigenen Heims kostet heute um 10% mehr als im Jahr davor, die monatliche Miete ist von 2019 auf 2020 bereits um rund 3% gestiegen und wird das weiter tun und Heizen und Strom wird um 24% mehr kosten. Der Erdölpreis steigt stark, tanken ist um bis zu 50% teurer geworden.

Der Arbeitsweg wird zum Luxus

Die aktuellen Treibstoffpreise sind für Pendler*innen mit kleinen und mittleren Einkommen eine enorme Belastung. Laut AK legen die Hälfte der Pendler*innen pro Tag zumindest 30 km zurück. Bei rund 250 Arbeitstagen entspricht dies einer Jahreskilometerleistung von 7.500 km, die für die Fahrt zur Arbeit zurückgelegt werden. Schauen wir uns an, was das bei einem unterschiedlichen Benzinpreisniveau bedeutet. Mitte 2020 betrug der Preis für einen Liter Benzin noch rund 1,10 Euro – heute liegt der Preis bei bis zu 1,90 Euro. Also 80 Cent pro Liter höher. Ein Auto mit einem Verbrauch von 6,5 Liter pro 100 Kilometer benötigt also bei 7.500 km rund 500 Liter Treibstoff – das sind um rund 400 Euro pro Jahr Mehrbelastung für eine Pendlerin mit einem Arbeitsweg von 30km. Diese Mehrbelastung könnte für kleine und mittlere Einkommen aber locker ausgeglichen werden, dazu müsste man nur die derzeitige unökologische Pendlerpauschale auf ein klimafreundliches Pendlerabsetzbetrag-Modell umwandeln.

Die Pendlerpauschale muss von einem Steuerfreibetrag in einen Absetzbetrag umgewandelt werden, der kilometerabhängig ist – den Pendlereuro Plus. Für die ersten 20km gibt es einen fixen Sockelbetrag von 200 Euro. Ab 20 km gibt es einen Absetzbetrag, der direkt von der Steuerschuld abgezogen wird und damit 1:1 in die Brieftasche wandert. Zusätzlich sollen in Zukunft alle, die tatsächlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, das neue „Große Pendlerpauschale bekommen“.

Konkret würde das beispielsweise folgende Auswirkungen auf die Bezieher*innen haben:

Anwendung auf obiges Beispiel der Pendelstrecke 25 km von Mödling nach 1030 Wien:

	Manager	Assistentin	Assistentin
Einkommen brutto Monatlich	8.000	1.800	1.800
Fahrweise	Auto	Bahn	Auto
Pendlerpauschale HEUTE	408	234	234
Pendlerpauschale mit Klimabonus	450	700	450

Um die dringend notwendige Entlastung der Pendler*innen ehestmöglich umzusetzen, stellen die unterfertigten Bundesrät*innen folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

*„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat und dem Bundesrat ein Maßnahmenpaket gegen die Teuerung ehestmöglich zuzuleiten und insbesondere für die Pendler*innen die dringend notwendige Entlastung über die Erhöhung der Pendlerpauschale für kleine und mittlere Einkommen durch Ökologisierung sowie Umstellung von Steuerfrei- auf Steuerabsetzbetrag sicherzustellen.“*

D. Reisinger

(D. REISINGER)

Ricne Nicole
(Ricne Nicole)

J. Novak
(Gábor Novák)

Ingrid Appé
(INGRID APPE)

Elisabeth Grossmann
(ELISABETH GROSSMANN)

Stephan
(SCHENK)

